

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Dietrich Stobbe MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe USA der SPD-Bundestagsfraktion, zu Äußerungen von US-Botschafter Burns: Ungewöhnlich. Seite 1

Rudolf Dreßler MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer" der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert die Unions-Forderungen für die Ausländer-Politik: Die inhumane Zimmermann-Linie. Seite 3

Dr. Olaf Schwencke MdEP, Jugendpolitischer Sprecher der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, warnt vor lebensgefährdenden Sekten: Keine "Religionsfreiheit" für Moon und Bhagwan. Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, zur Eigentumspolitik der Rechtskoalition: Kleine schröpfen, Große entlasten. Seite 5

Dokumentation

Sozialdemokratische Grundsätze der Wohnungs-Eigentumsförderung - erarbeitet von der NRW-Landesarbeitsgemeinschaft für Städtebau und Wohnungspolitik. Seite 6

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1

39. Jahrgang / 5

6. Januar 1984

Ungewöhnlich

Zu den Äußerungen von US-Botschafter Burns

Von Dietrich Stobbe MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe USA der SPD-Bundestagsfraktion

Der Botschafter der USA, Arthur F. Burns, hat dieser Tage ein Interview in einer Zeitung seines Heimatlandes gegeben. Mit Überraschung haben wir dabei festgestellt, daß Herr Burns sich dabei zu innenpolitischen Vorgängen in der Bundesrepublik Deutschland äußert.

Dies ist nach diplomatischem Brauch ungewöhnlich.

Burns ist allerdings auch ein ungewöhnlicher Botschafter, dessen Lust an der Spekulation offensichtlich größer ist, als die Bereitschaft, den Argumenten gerecht zu werden, welche die SPD ihm in vielen Gesprächen gesagt hat.

Tatsache ist, daß die SPD aus gewachsener Erfahrung heraus innerhalb des Bündnisses und nirgendwo sonst für eine Politik des Westens kämpft, die von der politischen Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf der Grundlage der Akzeptanz der Parität ausgeht. Sie sieht keine Alternative zu Verhandlungen zwischen Ost und West und zu politischen Kompromissen.

Verpflichtung
zu weltweiter Entschlossenheit
Kommunisten



Diese Grundsatzposition erwächst nicht zuletzt aus gemeinsamen Nachkriegserfahrungen mit den Amerikanern. Es war doch das Amerika Präsident Kennedys, das uns nach der Doppelerfahrung von Berlin- und Kuba-Krise lehrte, daß Konfrontation an den Abgrund führt, Interessenausgleich mit der Sowjetunion unverzichtbar für das Überleben ist. Und es war doch das Amerika der konservativen Präsidenten Nixon und Ford, welches die Maxime entwickelte, daß ein Überleben der einen Supermacht gegen die des anderen ideologischen Lagers nicht mehr möglich, daß ein Arrangement mit der Sowjetunion auf der Grundlage der Parität notwendig ist.

Wie kann Botschafter Burns den Willen der SPD, Beiträge zum Interessenausgleich zwischen Ost und West zu liefern, mit dem Verdacht der Bündnisuntreue beantworten, wenn es doch amerikanische Administrationen waren, welche die Weltformel von der Supermächte-Kooperation entwickelten, und gerade dem geteilten europäischen Kontinent zur Rettung anboten?

Welchen Wert hat die Wertegemeinschaft des Bündnisses, wenn die Einnahme von Grundsatzpositionen dieser Art durch eine politische Kraft innerhalb des Bündnisses, die im übrigen amerikanischen Haltungen von Vergangenheit und Gegenwart völlig entspricht, Anlaß zu derartigen Spekulationen bietet?

Die SPD, um eine Verdeutlichung ihrer Positionen gerade gegenüber Botschafter Burns stets bemüht, muß allmählich an ihrem Eros zweifeln, wenn sie sieht, daß der Repräsentant der Vereinigten Staaten in unserem Lande sie offensichtlich mit den "Grünen" verwechselt.

(-/6.1.1984/ks/rs)

+ + +



Die Zimmermann-Linie

Die harte Rechte in der Union will eine inhumane Ausländerpolitik durchsetzen

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer" der SPD-Bundestagsfraktion

Die sprachlichen Nebelwerfer der Rechtskoalition beginnen das neue Jahr mit weiterem verbalen Durcheinander in der Ausländerpolitik. So unpräzise in der Form, daß ein Teil der Medien den Kompromiß mit der FDP als möglich betrachtet, und der andere Teil den Konflikt mit der FDP als unausweichlich.

Diese politische Darstellung hat Methode. Der eine CDU/CSU-Politiker erklärt: "Der kleinere Koalitionspartner kann nicht die Eckdaten der Ausländerpolitik diktieren." Der andere verkündet: "Mit der FDP muß jetzt über andere Regelungen des Kindernachzuges gesprochen werden." Also auch in der Ausländerpolitik nach dem psychologischen Verbreitungsmotto: "Wie es euch gefällt?"

Wer allerdings die Vorstellungen der CDU/CSU nachliest, stellt schnell fest, daß sich keine nennenswerten Veränderungen der Zimmermann-Linie ergeben haben.

Völlig an den objektiv nachprüfbaren Daten vorbei bereitet die harte Rechte der christlichen Schwesterparteien das alte Vokabular als Begründung wieder neu auf:

- Zur Leistung der Ausländerfrage sei dringender Handlungsbedarf geboten.
- Das inzwischen angesammelte Potential für ausländische Konflikte muß entschärft werden.

Wer so schreibt, ist auch bereit so zu handeln.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird jene Abgeordneten der CDU/CSU und FDP unterstützen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die inhumane Zimmermann-Linie zu bekämpfen. Den bereits jetzt aus der FDP-Fraktion bekanntgewordenen Wertungen, daß die Absichten beim Kindernachzug "ziemlich brutal" und "ungereimt" seien, ist zuzustimmen.

(-/6.1.1984/ks/rs)

+ + +



Lebensgefährliche Kulte

Für Moon und Bhagwan darf es keine "Religionsfreiheit" geben

Von Dr. Olaf Schwencke MdEP

Jugendpolitischer Sprecher der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Gerade in der letzten Zeit ist es den gefährlichsten unter den destruktiven Kulturen zunehmend gelungen, junge Leute in ihren Bann zu ziehen, das heißt sie geistig und seelisch abhängig zu machen.

Zunehmend erfolgreich sind immer noch die sogenannten Moonies und gegenwärtig auch der Bhagwan-Kult, der in immer weiteren flott aufgemachten Discos in deutschen Großstädten zahlreiche "Bekehrungen" zustande bringt. Es muß einen mit großer Sorge erfüllen, daß die oft lebensbedrohende Gefahr dieser Kulte für deren Anhänger sowohl von der gegenwärtigen Bundesregierung als auch von zahlreichen Kommunen verharmlost wird.

Unter dem Deckmanteil "Religionsfreiheit" praktizieren diese Sekten mitten in unserer Gesellschaft finanzielle Ausbeutung Jugendlicher, Psycho-Terror und antidemokratische Aktionen. Der Bhagwan (= Gott) selbst hat seinerzeit das Drama von Jones-Town auf einer Ranch in Oregon (USA), wo sich auf Geheiß des Guru fast 1.000 junge Menschen selber töteten, verteidigt und seine Anhänger aufgefordert, Jones nicht zu verdammen. Bhagwan lehrt, daß der Tod "der größte Orgasmus" und "höchste Zustand der Erleuchtung" sei und "der sterbende Mensch als ein Supermensch aus seiner Asche" entstehe. Solcher "für normale Menschen" als Unsinn schnell abgetane Spuk kann in einer dogmatischen Gemeinschaft für junge gläubige Menschen lebensgefährdend sein.

Das Europäische Parlament befaßt sich gegenwärtig mit Überlegungen zur Bekämpfung des Sekten-Unwesens in der EG. Weitere Beratungen eines Maßnahmen-Kataloges sollen noch im Januar im Jugend- und Kulturausschuß stattfinden. Das Parlamentsplenum wird sich im März 1984 abschließend mit den Empfehlungen zur Bekämpfung der destruktiven Kulte befassen, deren Anhängerzahl allein in den zehn Mitgliedsländern der EG auf weit mehr als eine halbe Million Jugendlicher geschätzt wird.

(-/6.1.1984/ks/rs)

+ + +



Die Kleinen schröpfen, die Großen entlasten

Die Eigentumpolitik der Regierungskoalition

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Der Wohnungsbauminister von Helmut Kohl "lebt" seit einiger Zeit von der immer wieder wiederholten Ankündigung, die Förderung der Bildung von Wohneigentum neu und besser gestalten zu wollen.

Außer Nachrichten über Meinungsverschiedenheiten zwischen Finanz- und Bauministerium und zwischen CDU/CSU und FDP gibt es jedoch keine konkreten Informationen, zu dem was beabsichtigt ist.

Daß was diese Koalition bisher in diesem Sektor zustandegebracht hat, weckt keine großen Hoffnungen:

- Mit der sogenannten Grunderwerbssteuerreform werden die kleinen Häuslebauer belastet, die großen entlastet.
- Die von der Bundesregierung aus fiskalischen Gründen geplanten Einschränkungen der Begünstigungen der Großverdiener durch das sogenannte Bauherrenmodell wurden von den Koalitionsfraktionen zu einem großen Teil wieder aufgeweicht.
- Der befristete und begrenzte Schuldzinsenabzug begünstigt die Besserverdienenden, die ohnehin bauen können, am stärksten.
- Anträge der SPD, auch die Bausparförderung (für die "Kleinen", weil an Einkommensgrenzen gebunden) im Rahmen der Neugestaltung der Vermögensbildung besser zu stellen, hat die Regierungsmehrheit abgelehnt.

Dabei hat der Bauminister bis vor wenigen Wochen diese Forderung selbst vertreten.

Wenn es zur Abstimmung kommt, lehnt er die entsprechenden Anträge jedoch ab und stellt seine politische Glaubwürdigkeit in Sachen Bausparen in Frage.

(-/6.1.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Vorstand der SPD-Landesarbeitsgemeinschaft für Städtebau und Wohnungspolitik Nordrhein-Westfalen hat jüngst die folgenden sozialdemokratischen Grundsätze der Wohnungs-Eigentumsförderung beschlossen. Wir dokumentieren das Papier als sozialdemokratischen Beitrag zur wohnungspolitischen Diskussion.

Sozialdemokratische Grundsätze der Wohnungs-Eigentumsförderung

1. Die gerechteste Förderung von Wohnungseigentum ist die sozial- und familien-gerechte Direktförderung durch den Staat. Da die gegenwärtige Förderung aber überwiegend durch steuerliche Vorteile gewährt wird und politische Veränderungen nicht durchsetzbar sind, müssen sozialdemokratische Grundsätze im Rahmen solcher Vorgaben verwirklicht werden.
2. Um eine ausreichende Wohnungsversorgung für alle Haushalte, insbesondere aber für Familien mit Kindern zu sichern, muß das Wohngeldgesetz so gestaltet werden, daß die Wohnkostenbelastung tragbar bleibt. Bei niedrigeren Einkommen muß eine solche Entlastung des Netto-Einkommens erfolgen, daß die angemessene Wohnung gemietet oder erworben werden kann.
3. Die Unterstützung der Eigentumsbildung im Wohnungsbau darf die Versorgung einkommensschwächerer Personen und Familien mit ausreichendem Wohnraum nicht gefährden. Das Angebot preiswerter Mietwohnungen muß daher abgesichert werden. Zusätzliche Belastungen durch Wohnkosten sind angesichts der Arbeitsmarktlage für die unteren Einkommen nicht tragbar.
4. Die steuerliche Förderung der Wohnungseigentumsbildung, auf die alle Bürger einen Anspruch haben, sind bei der Direktförderung mit Mitteln des Bundes, des Landes oder der Kommunen anzurechnen.
5. Bei der Beurteilung der Vorteile durch die steuerliche Förderung sind mit zu berücksichtigen:
 - 5.1 Die Veränderungen des Grunderwerbsteuerrechts - Ab 1. Januar 1983 müssen alle Erwerber zwei Prozent des Kaufpreises Grunderwerbsteuer entrichten. Die vorher bestehenden Vorteile für den steuerbegünstigten Wohnungsbau durch den Verzicht auf die Erhebung der siebenprozentigen Grunderwerbsteuer haben die unteren und mittleren Einkommen verloren.
 - 5.2 Nach wie vor besteht eine zehnjährige Grundsteuerbegünstigung für den steuerbegünstigten Wohnungsbau. Viele Bauherren erhalten damit eine Begünstigung als Mitnehmereffekt. Sie würden Wohnungseigentum auch bilden ohne diese, die Einnahmen der Gemeinden schwächende Begünstigung.
 - 5.3 Nach wie vor ist das gesamte Grundvermögen zusätzlich begünstigt durch die Unterbewertung, gegen die verfassungsrechtliche und steuerpolitische Gründe anzuführen sind. Daher sollen die Grundstücke unverzüglich neu bewertet werden, wobei der Bodenwert im Bewertungsverfahren stärker zu berücksichtigen ist. Um Härten zu vermeiden, sind bei der zeitnahen Bewertung von Grund und Boden ausreichend bemessene Freibeträge einzuräumen.
6. Die Wohnungseigentumsbildung ist wesentlich durch die Sparförderung beeinflusst. Die gerechteste Form ist eine Direktförderung durch Wohnungsbauprämien. Die steuerliche Begünstigung ist dagegen abzuschaffen.

Ein sozial gestaffeltes System der Förderung hat die Familiengröße und das Familieneinkommen zu berücksichtigen. Deshalb werden die sozialdemokratischen Vorschläge wie folgt weiterentwickelt.



- 6.1 Die Einkommensgrenze von gegenwärtig 24.000 DM für eine Person und 48.000 DM für ein Ehepaar ist an die inzwischen eingetretene Einkommensentwicklung anzupassen und daher zu erhöhen.
- 6.2 Der Zuschlag für jedes Kind unter 18 Jahren zur Einkommensgrenze wird von bisher 1.800 DM auf 6.300 DM erhöht.
- 6.3 Die zusätzliche Wohnungsbauprämie je Kind soll statt zwei nunmehr drei Prozent betragen.
- 6.4 Die Höchstparsumme soll für jedes Kind unter 18 Jahren um 200 DM angehoben werden.
7. Familienfreundliche Ausgestaltung des bisherigen Paragraphen 7b EStG.
 - 7.1 Um eine differenzierte familienfreundliche Neugestaltung der steuerlichen Komponente der Wohnungseigentumsförderung zu erreichen, wird ein sozial gestaffelter Sonderausgaben-Abzug von der Steuerschuld eingeführt. Seine Höhe steigt mit der Personenzahl des Haushaltes und der aufgenommenen Schuldsomme an. Übersteigt dieser die Steuerschuld, so ist der Differenzbetrag an den Steuerschuldner vom Finanzamt zu erstatten.
 - 7.2 Die Grundförderung soll sich allein nach der Familiengröße richten und sechs Jahre gewährt werden. Nach dem Vorschlag der Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau- und Wohnungspolitik soll diese für einen Alleinstehenden 1,3 Prozent einer maximalen Darlehenssumme von 150.000 DM betragen. Der Prozentsatz kann als Konjunktur-Steuerungselement variiert werden. Für jeden Familienangehörigen erhöht sich die Grundförderung um einen Prozentsatz von 0,2 Prozent, wobei sich die förderungsfähige Darlehenssumme je Familienangehörigen um 25.000 DM erhöht.
 - 7.3 Bei Familien mit mehreren Kindern und niedrigem und mittlerem Einkommen wird die Familienförderung vier weitere Jahre fortgesetzt. Dabei ist eine Einkommensprüfung vor dem 7. und dem 9. Jahre nach Beginn der Grundförderung vorzunehmen. Die Förderungsgrundsätze der Grundförderung sind dabei zu beachten.
8. Darüber hinaus soll Wohnungseigentum durch Aufwendungsdarlehen des Bundes beziehungsweise der Länder gefördert werden, die nach der Familiengröße und dem Einkommen gestaffelt sind. Die Höhe dieser Aufwendungsdarlehen wächst mit der Familiengröße. Sie steigen außerdem an, je niedriger das Familieneinkommen ist. Auf diese Aufwendungsdarlehen sollte - wie auf die steuerliche Komponente der Wohnungseigentumsförderung - ein Rechtsanspruch bestehen. Um diese Förderung als Konjunktur-Steuerungselement auszugestalten, sollte sie entweder eine Bundesförderung oder eine gemeinsame Förderung des Bundes und der Länder sein.
9. Im Rahmen ihrer Familienpolitik ist es Aufgabe der Länder, darüber hinaus die Wohnungs-Eigentumsbildung für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und für Familien mit Kindern durch geeignete Direktförderungsinstrumente wie Zuschüsse und Landesdarlehen zu unterstützen.
10. Eine Besteuerung des Wohnraums im Rahmen des Einkommensteuerrechtes findet nicht mehr statt.
(-/6.1.1984/ks/rs)

+ + +

